

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Steuern auf Energie senken!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für die befristete Senkung der auf den Verbrauch von Energie erhobenen Steuern einzusetzen. So soll für Energie und Kraftstoffe zeitweilig der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gelten. Ebenso soll die EEG-Umlage unmittelbar auf Null gesenkt werden.

Ziel ist die spürbare Entlastung der privaten Verbraucher sowie der Verbraucher in Handel, Transport und Industrie.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 1. März 2022 zu berichten.

Begründung:

Die Preise für Erdgas, Strom und Öl kennen derzeit nur eine Richtung: nach oben. Deshalb büßen Unternehmen Konkurrenzfähigkeit ein, und auch die Verbraucher trifft die Teuerung hart. Die Zahl der Menschen, die sich eine Tankfüllung oder ein warmes Wohnzimmer nicht mehr leisten können, steigt. Hier muss Abhilfe geschaffen werden. Die vielfach diskutierten Subventionen sind aus unserer Sicht der falsche Weg – aus grundsätzlichen ordnungspolitischen ebenso wie aus aktuellen ökonomischen Erwägungen.

Zuallererst empfiehlt es sich bei der Diskussion um die Energiepreise ein Blick auf ihre gegenwärtige Zusammensetzung. Beispiel Strompreis: Dieser lag in Deutschland Anfang des Jahres

bei 34,6 Cent pro Kilowattstunde als bundesdeutscher Durchschnitt für private Haushalte. Dabei setzt sich der Strompreis aus drei Komponenten zusammen: aus Steuern und Abgaben, aus den Kosten für die Energieerzeugung und aus den Nutzentgelten. Den Löwenanteil mit 41 Prozent machen Steuern, Abgaben und Umlagen aus. Ausgerechnet der Staat ist also der größte Profiteur einer Entwicklung, die im gleichen Atemzug von nicht wenigen seiner politischen Vertreter öffentlichkeitswirksam beklagt wird. Kurzum: Der Staat trägt zu hohen Preisen massiv bei und erzielt über die Umsatzsteuer gar immer höhere Einnahmen. Über Subventionen würde er dann wiederum einen Teil davon, je nach politischem Gutdünken, wieder abgeben.

Der Staat muss vielmehr zuallererst an den Kosten ansetzen, die er selbst verursacht. Das heißt: Steuern und Abgaben deutlich reduzieren! Eine allgemeine Senkung der Energiesteuern würde gerade die sogenannten kleinen Leute entlasten, weil diese gemessen an ihrem Einkommen einen relativ größeren Teil für Energie aufwenden müssen.

Wir müssen die Kostenspirale für Bürger und Betriebe durchbrechen. Eine Energiepreisbremse ist das Gebot der Stunde – aus sozialen Gründen und um den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu sichern. Aber nicht durch Subventionen, sondern durch eine Reduzierung von Abgaben und Steuern können wir Familien, Pendler und Unternehmen nachhaltig entlasten.

Berlin, den 14. Februar 2022

Wegner Gräff
Und die übrigen Mitglieder
der CDU-Fraktion